

# Übersichten

## Außenpolitik

\*(1)

### Wie Beijing mit dem Osteuropa-Schock fertig zu werden versucht

Über die Art und Weise, wie die chinesische Propaganda auf die unerhörten Vorgänge in Osteuropa reagiert hat, wurde in den November- und Dezemberausgaben von C.a. bereits berichtet. Zumeist beschränkt sich die Information auf die Wiedergabe von Basisereignissen, die nun einmal schlechterdings nicht verschwiegen werden können. Wenn man beispielsweise den Rücktritt des gesamten Politbüros der SED in der gleichen Art meldet wie die Senkung des Zuckerpreises um 2 Fen, so ist dies ein Ausdruck von Hilflosigkeit, ja von Vogelstraußpolitik. Wenn ferner die *Guangming-Zeitung* den Durchbruch der Berliner Mauer mit dem Erlaß neuer Reisebestimmungen erklärt, so grenzt dies schon an Disinformation.

Angesichts des Zusammenbruchs hatte China im letzten Augenblick versucht, mit seinen geringfügigen diplomatischen Möglichkeiten zu retten, was noch zu retten war. Anfang November besuchten fast zur gleichen Zeit der bulgarische Außenminister Mladenow und der CSSR-Außenminister Jaromir Johanes die VR China (XNA, 3., 6. und 8.11.89). Beide äußerten sich zusammen mit ihrem Kollegen Qian Qichen "besorgt" über die Lage in "bestimmten europäischen Ländern", womit sie in erster Linie offensichtlich die DDR, Ungarn und Polen meinten. Beide Länder hatten vorher bereits für das chinesische Vorgehen gegen die Studentenbewegung "Verständnis" geäußert. Zumindest im Fall der CSSR-Führung war darüber hinaus eine "chinesische Lösung" erwogen worden. Dies zumindest berichtete der tschechische Journalist Michal Horacek bei einer Pressekonferenz, die anlässlich

eines Vermittlungsversuchs zwischen Ministerpräsident Adamec und dem oppositionellen Bürgerforum stattgefunden hatte.

Es muß für die chinesische Führung höchst peinlich gewesen sein, daß die Vertreter derselben Regierungen, denen sie bei dieser Gelegenheit noch zuredeten, schon wenige Wochen später verjagt worden waren.

Zu dem blutigen Militäreinsatz gegen Demonstranten in Rumänien in den Tagen vor Weihnachten hatte sich das chinesische Außenministerium nicht äußern wollen. Man mische sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder ein, hieß es. Das Thema war um so heikler, als der brutale Truppeneinsatz in der rumänischen Stadt Temesburg von vielen Beobachtern mit dem Vorgehen der VBA in der Nacht vom 4. Juni gegen die studentischen Demonstranten auf dem Beijinger Tiananmen-Platz verglichen wurde.

Zudem war bekannt geworden, daß China und Rumänien seit dem Beginn der Umbrüche im Ostblocksystem näher zusammengerückt waren, um gemeinsam den "Sozialismus" aufrechtzuerhalten. Bereits im Juni 1989 hatte Ceausescu seinem chinesischen Amtskollegen Yang Shangkun und der KPCh-Führung zur Niederschlagung der "Konterrevolution" gratuliert. China hätte sich bei Ceausescu wohl gerne revanchiert, wäre der rumänische Parteiführer nur ähnlich erfolgreich gewesen wie die KPCh-Führung!

Statt dessen mußte die chinesische Führung in den sauren Apfel beißen und den neuen Regierungen zu allem Überfluß auch noch zum Machtantritt gratulieren. So z.B. sah sich Staatspräsident Yang Shangkun und Ministerpräsident Li Peng gezwungen, am 27.12. Glückwünsche an den neuen Machthaber und Vorsitzenden des Komitees der Front der nationalen

Rettung Rumäniens, Ion Iliescu, ein Glückwunschtelegramm zu übersenden (XNA, 27.12.89). Nicht einmal eine halbe Woche vorher war einer der engsten Freunde der Beijinger Führung, Ceausescu, auf Befehl eben dieses Komitees - und offensichtlich auch Iliescus persönlich - kurzerhand exekutiert worden. Dieser Akt der Hinrichtung, der am 25. Dezember stattgefunden hatte, war von der *Volkszeitung* (RMRB, 27.12.89) in einem 60-Zeichen-Report berichtet worden, allerdings erst auf Seite 4 und ohne weitere Kommentierung. Es war lediglich davon die Rede, daß ein Sondermilitärgericht diese Todesstrafe verhängt hatte. Das chinesische Außenministerium sprach am 28. Dezember seine Hoffnung aus, daß die "inneren Angelegenheiten" Rumäniens die bilateralen Beziehungen nicht beeinträchtigen möchten und daß der "Sozialismus am Ende sämtliche Schwierigkeiten überwinden" werde (XNA nach SWB, 30.12.89). Im übrigen "respektiert China die Entscheidung des rumänischen Volkes" (XNA, 26.12.89). China behalte die Entwicklung in Osteuropa weiterhin im Auge, werde sich aber dort auf keinen Fall einmischen, sondern versuchen, auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz die Beziehungen weiter zu entwickeln. Man könne aber nicht übersehen, daß hinter dem Wandel in Osteuropa auch "ausländische Kräfte" steckten.

Bezeichnend auch die Reaktion Yang Shangkuns, des chinesischen Staatspräsidenten, der sich zur Zeit des Umsturzes in Rumänien gerade auf Staatsvisite in Ländern des Nahen Ostens befand. Am 26.12. erklärte er, daß "wir hoffen, Rumänien werde so bald wie möglich die blutigen Konflikte beenden und zu Frieden und Stabilität zurückfinden. In letzter Zeit hätten in Osteuropa historische Veränderungen stattgefunden und China sei der Ansicht, daß diese Veränderungen sowohl auf innere wie auf äußere Ursachen zurückzuführen seien. China beobachte die Vorgänge in Osteuropa aufmerksam. Wörtlich: "Während sie eine außerordentlich schwere Zeit durchmachen, geben wir dazu keinerlei Kommentare ab." Gleichgültig aber, was in Osteuropa immer geschehe, China hoffe, daß die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den osteuropäischen Ländern und China auch in Zukunft weiterbestehen. Es liege an den Völkern Osteuropas, sich für das

ihnen wünschbare Gesellschaftssystem zu entscheiden. China werde ihr Votum stets berücksichtigen (XNA, 26.12.89) und sich nicht einmischen (XNA, 28.12.89).

Xinhua (XNA, 30.12.89) berichtete, daß Rumänien am 28. Dezember seinen Staatsnamen geändert habe und von jetzt an nicht mehr "Sozialistische Republik Rumänien", sondern nur noch "Rumänien" heiße - auch dies ohne Kommentar.

Am 21. Dezember 1989 gaben Parteichef Jiang Zemin und Politbüromitglied Li Ruihuan Journalisten der Hongkonger *Wen Wei Po* (Wenhuibao) ein Interview, in dem sie die Unterschiede zwischen den Zuständen in Osteuropa und in der VR China herausarbeiteten. Die Vorgänge in Osteuropa riefen bei den chinesischen Genossen zwar äußerste Besorgnis hervor, doch dürfe man andererseits nicht übersehen, daß trotz aller Gemeinsamkeiten im Geiste des Sozialismus doch beträchtliche Unterschiede bestünden:

Die KPCh sei (1) nicht von der "Sozialdemokratie der Zweiten Internationale" beeinflusst worden, sondern habe ihre Identität in der kämpferischen Auseinandersetzung mit einer heimischen Umwelt angenommen. Zweitens gebe es in China eine Armee, die mit dem "Marxismus-Leninismus und den Mao-Zedong-Ideen bewaffnet ist, einer strikten Disziplin folgt und der absoluten Führung der Partei untersteht". Drittens verdanke das chinesische Volk seine Befreiung der eigenen Armee und nicht etwa, wie die europäischen Länder, der Hilfe der Roten Armee der UdSSR. Viertens seien auch die kulturellen und historischen Traditionen in China völlig verschieden von denen in Osteuropa. Vor allem seien die Nachbarstaaten Chinas "freundliche Nationen. Wir sind nicht vom Kapitalismus umgeben" (was Jiang Zemin damit meint, ist nicht ganz klar: Sind Japan, Taiwan und die ASEAN-Staaten keine "kapitalistischen" Staaten - von Hongkong ganz zu schweigen!?). Fünftens habe die KPCh die "Theorie des Marxismus" mit Chinas besonderen Bedingungen kombiniert und dadurch die "Mao-Zedong-Ideen" hervorgebracht, die unter Deng Xiaoping weiterentwickelt worden seien. Offensichtlich meint Jiang Zemin damit, daß die Ideologie

in China auf einer wesentlich solideren Grundlage stehe als in Osteuropa (Wen Wei Po, 22.12.89 in SWB, 30.12.89).

Die Herausarbeitung all dieser "großen Unterschiede" zwischen China und Osteuropa ist der Versuch einer krampfhaften Sprachregelung, der die Fakten verzerrt. Bekanntlich hat es auf dem Höhepunkt der Demokratiebewegung Ende Mai/Anfang Juni 1989 sowohl in der Führung als auch in der Armee heftige Meinungsverschiedenheiten gegeben, die u.a. darin deutlich wurden, daß zahlreiche hohe Offiziere, u.a. der gerade pensionierte Verteidigungsminister Zhang Aiping und Generalstabschef Yang Dezhi, sich gegen den Einsatz von Waffen wandten. Auch die Frage, ob Zhao Ziyang abgeurteilt werden soll oder nicht, ist in der chinesischen Führung offensichtlich nach wie vor heftig umstritten. Nicht zu vergessen auch die Rede Yang Shangkuns auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen, als er vor der Gefahr einer Spaltung in der Armee warnte und darauf hinwies, daß vor allem zwei Gruppen herübergewonnen werden müßten, nämlich die Veteranen und die Regimentskommandeure. Die neue demokratiefeindliche Führungskonstellation in Beijing sucht all diese Fakten mit Hilfe der für sie wieder so typisch gewordenen Sprach- und Informationskosmetik einfach wegzuwischen.

Nach einem "Sonderbericht" in der Hongkonger *Jingji Ribao* (Wirtschaftszeitung) vom 11.12.1989 zirkulierte innerhalb der chinesischen Führung ein Dokument des ZK, das die Situation in Osteuropa aufzuarbeiten versuchte. Es findet sich dort zunächst die Feststellung, daß die Ereignisse in Europa erneut bewiesen, wie richtig die chinesische Führung am 4. Juni 1989 im eigenen Land gehandelt habe. Auch zeigten die neuesten Ereignisse, daß die chinesische Politik des "einen Zentrums" (wirtschaftlicher Aufbau im Mittelpunkt) und der "zwei Hauptpunkte" (Strukturreform und Türöffnung sowie Festhalten an den Vier Grundprinzipien) korrekt seien.

Fünf Gründe seien für die drastischen Ereignisse in Osteuropa maßgebend, nämlich (1) unzulängliche Reformen, (2) Korruption der Parteibürokratie und Mangel an Kontakt mit den Massen, (3) Unfähigkeit, mit Krisen umzu-

gehen, (4) negativer Einfluß der Sowjetunion und (5) bürgerlich-liberale Strömungen innerhalb der einzelnen KP's. Die KPCh müsse aus diesen Fehlern lernen und ihre eigenen Konsequenzen ziehen.

Trotz solcher beruhigender Erklärungen reagierte die Führung überaus nervös auf das Wiederauftauchen illegaler Wandzeitungen, in denen Parallelen zwischen Rumänien und China aufgezeigt wurden. Die Machthaber in Zhongnanhai mußten hier erkennen, daß ihre massive Indoktrinierungskampagne, wie sie nach dem Juni-Massaker einsetzte, bisher wenig ge- fruchtet hat.

Die chinesische Führung hat bereits beim 4. Plenum des XIII. ZK, das nur kurze Zeit nach den Ereignissen vom 4. Juni stattfand, angekündigt, daß sie die bisherige Politik der Strukturreform und der Türöffnung nach außen unverändert fortführen wolle.

Sowohl die verkrampfte Politik gegenüber den westlichen Ländern als auch die restriktive Innenpolitik zeigen jedoch, daß Worte und Taten weit auseinanderklaffen. Vor allem die einschneidenden Maßnahmen im Kulturbereich, nicht zuletzt aber auch die Rücknahme der politischen Reformen sprechen eine deutliche Sprache. Vor allem nach der Auflösung der kommunistischen Regime in Osteuropa wurde erneut eine schärfere Parteikontrolle über die Regierungsbehörden beschlossen. Die scharfe Trennung zwischen KP-Ausschüssen und Regierungsorganen, die noch von Zhao Ziyang als "Dreh- und Angelpunkt der politischen Reformen" bezeichnet wurde, verliert inzwischen an Konturen.

Die KPCh will, wie es hieß, an ihrem absoluten Führungsanspruch verstärkt festhalten. Dies wurde besonders betont in einem Dokument, das bereits am 30. Dezember 1989 verabschiedet, aber erst Anfang Februar veröffentlicht worden ist. Darin heißt es, daß die sog. "Acht Demokratischen Parteien", denen rd. 300.000 Mitglieder angehören, nach wie vor lediglich mitarbeiten, nicht aber mitbestimmen dürfen. Diese Aussage ist nicht neu, doch erfolgte sie zu einem auffälligen Anlaß, nämlich zur Zeit des Sturzes von Ceausescu. Der inzwischen aufs Abstellgleis geschobene ehemalige KP-

Generalsekretär Zhao Ziyang hatte im Zuge der politischen Reformen zwar geplant, den Acht Demokratischen Parteien wieder mehr Rechte einzuräumen; doch gehören Versuche dieser Art nunmehr schon wieder der Vergangenheit an.

Außerdem wurde in der Zwischenzeit bekannt, daß das Verteidigungsbudget mit Wirkung von 1990 an wieder erhöht wird, nachdem sein Anteil jahrelang zurückgegangen war, und zwar deswegen, weil sich die Ausgaben seit 1986 nominell nicht erhöht hatten, gleichzeitig aber der nationale Preisindex um über 40% in die Höhe geschwungen war. 1989 machten die Verteidigungsausgaben am gesamt-nationalen Haushalt von insgesamt 24,55 Mrd. Yuan nur 11,9% aus, 1988 waren es 12,2% (bei einem Gesamtvolumen von 21,79 Mrd. Yuan) gewesen.

Der damalige Kostenrückgang entsprach der Logik der Zeit: Die Spannungen zur Sowjetunion hatten nachgelassen und China hatte die VBA um eine Million Mann verkleinert. Außerdem hatten zahlreiche Verteidigungsindustrien Zivilgüter herzustellen.

Die Ereignisse vom Juni 1989 freilich haben ein ganz neues Bild geschaffen, dessen Konturen durch den Umbruch in Osteuropa noch verschärft wurden. Um sich als Bastion des "Sozialismus" halten zu können, glaubt man in Beijing offensichtlich nicht ohne Verstärkung des Militärs auskommen zu können: Auch dies ein Zeichen dafür, wie unsicher sich die Beijinger Führung heute fühlt.

Zu einer großen Propagandashow wurde die Aufhebung des am 20. Mai 1989 über Teile Beijings verhängten Kriegsrechts, die am 10.1.1990 von Ministerpräsident Li Peng unterzeichnet wurde und mit Wirkung vom 11.1.1990 in Kraft trat. Die Aufhebung erfolgte unter Verweis auf Ziffer 16 des Art. 89 der Verfassung (XNA, 10.1.90). Zahlreiche chinesische Politiker und ausländische Residenten wurden für eine positive Stellungnahme gewonnen (XNA, 12.1.90). Li Peng hielt eine Fernsehansprache und wies auf die zahlreichen Errungenschaften hin, wie sie seit Verhängung des Ausnahmezustands zu verzeichnen seien. China sei politisch, wirtschaftlich und sozial wieder stabil, die Produktion und das tägliche Leben verliefen in geordneten

Bahnen, das Marktangebot sei ausreichend und das Volk lebe in Frieden. All dies stehe in scharfem Kontrast zur chaotischen Situation während des Frühjahrs 1989. Gleichzeitig wies Li darauf hin, daß es in China nach wie vor "labile Faktoren" gebe. Die feindlichen Kräfte im In- und Ausland würden ihre Versuche, Chinas sozialistisches System zu unterminieren, niemals aufgeben. Darüber hinaus gebe es einige kurzzeitige Schwierigkeiten in der wirtschaftlichen Entwicklung. Doch die KPCh werde es schon richten.

Auch die *Volkszeitung* (RMRB, 11.1.90) bezeichnet die Aufhebung des Kriegsrechts als Zeichen von Stabilität und von Rückkehr zur Normalität.

Am 18.1.1990 erklärte ein Sprecher des Ministeriums für öffentliche Sicherheit, daß "575 Gesetzesbrecher", die sich an der "konterrevolutionären Rebellion" beteiligt hätten, kürzlich wieder freigelassen worden seien, da sie sich während der Untersuchungen für schuldig bekannt und Reue gezeigt hätten (XNA, 18.1.90).

Wie steht es nun um die künftige Außenpolitik gegenüber den inzwischen so gründlich "reformierten" ehemaligen Ostblockstaaten? Einen Präzedenzfall gibt es bereits, und zwar mit Polen und seiner neuen (nichtkommunistischen) Führung. Am 17. Januar 1990 tagte die 5. Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses der chinesischen und der polnischen Regierung für wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit, und zwar in einer geschäftsmäßigen Atmosphäre. Beide trugen den geänderten Umständen Rechnung und wechselten vom traditionellen Verrechnungshandel (jizhang maoyi) zum freien Handel über, wie er mit westlichen Volkswirtschaften üblich ist. Beim Verrechnungshandel waren aufgrund jährlicher Protokolle Warenaustauschlisten aufgestellt und die gelieferten Produkte dann miteinander verrechnet worden (XNA, 17.1.89).

Mit diesem Schritt dürfte das Muster für den künftigen Handel auch zu anderen osteuropäischen Staaten gesetzt sein, die inzwischen ihr realsozialistisches System über Bord geworfen haben. -we-

\*(2)

Die chinesischen Vorwürfe an die Adresse Gorbatschows häufen sich: Gorbatschow wird für die "Aushöhlung des Sozialismus" verantwortlich gemacht

In ihrer Ausgabe vom 25.1.1990 zitiert die Hongkonger Zeitung *South China Morning Post* Passagen aus einer Rede Deng Xiaopings, die dieser eine Woche zuvor vor Parteimitgliedern in Beijing gehalten habe. Deng zufolge seien die völkischen Unruhen in der UdSSR und die separatistischen Bewegungen eine direkte Folge von Gorbatschows Reformpolitik. Der KPdSU-Generalsekretär werde stürzen und seine Macht an eine "konservative Fraktion" abgeben müssen.

Deng habe darüber hinaus eine enge Kooperation zwischen den orthodoxen kommunistischen Staaten in Asien, also China, Vietnam und Nordkorea, gefordert, um den Sozialismus zu retten: "Die drei sozialistischen Staaten Asiens" müßten die Fahne des Sozialismus hochhalten.

Bereits in einem KPCh-internen Papier vom 28.12. hatte sich die Führung offen vom Kurs Gorbatschows distanziert und den KPdSU-Generalsekretär für das Verschwinden des Sozialismus in Osteuropa verantwortlich gemacht.

China wirft der Sowjetunion ferner vor, durch ihre wachsende Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten für Unruhe und Besorgnis in der Dritten Welt zu sorgen. Die UdSSR habe sich von ihrer viele Jahre hindurch angemessenen Stellung als "natürlicher Verbündeter" der Dritten Welt verabschiedet und schlage sich bei den Vereinten Nationen immer mehr auf die Seite der USA, sei es nun offen oder verdeckt. U.a. habe sich die UdSSR vor der UNO beispielsweise gegen den arabischen Vorschlag gewandt, Palästina in den Rang eines selbständigen Staates zu erheben.

Ferner setze sich die Sowjetunion dafür ein, daß die Wirtschaftshilfe westlicher Staaten, die bislang in die Dritte Welt geflossen sei, nun in den Ostblock umgelenkt werde. Die Dritte Welt sei in Sorge darüber, daß ihre Wirtschaftsprobleme im Westen nicht mehr genügend Beachtung fänden. "Wenn zwei Elefanten gegeneinander

kämpfen, so leidet das Gras unter ihren Füßen. Wenn sie sich lieben, dann leidet das Gras ebenfalls." (XNA, 9.1.90)

In dem Papier heißt es, daß die chinesische Politik sich künftig auf zwei Achsen stützen wolle, nämlich die Treue zum Sozialismus und auf die Beibehaltung der Reformen, wie sie unter der Führung Deng Xiaopings Ende der siebziger Jahre eingeleitet wurden.

Das Dokument, in dem Beijing sich offen von Gorbatschow distanziert, kam zu einem Zeitpunkt heraus, da sich die erste Delegation der KPdSU seit den blutigen Juniereignissen in China aufhielt. Die Delegation wurde geführt von dem früher in Bonn akkreditierten Botschafter Falin, dem die chinesischen Gesprächspartner versicherten, daß sich die sino-sowjetischen Beziehungen ständig zum Besseren hin entwickelten (so Jiang Zemin, XNA, 29.12.89).

In Zukunft wolle Beijing sich gegenüber Moskau nach den Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz verhalten.

Am 28. Dezember wies einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten, Wu Xueqian, einem japanischen Gesprächspartner gegenüber darauf hin, daß Gorbatschow mit seinem "neuen politischen Denken" "politischen Druck" auf die osteuropäischen Länder ausübt und sie so in eine passive Situation gebracht habe (Kyodo in SWB, 29.12.89).

Unter Mißachtung einfachster Analyseregeln - u.a. auch des Hinweises von Mao Zedong, daß innere und äußere Ursachen gleichermaßen berücksichtigt werden müßten - schreibt die chinesische Propaganda den Zusammenbruch der Ostblockstaaten ausschließlich externen Einflüssen zu, sei es nun den Unterminierungsaktionen des Westens oder aber den selbstzerstörerischen ideologischen Einflüssen Gorbatschows. -we-

\* (3)

**China spricht sich - indirekt - gegen die deutsche Wiedervereinigung aus**

Am 14.12.89 brachte die *Renmin Ribao* einen langen Kommentar von Zheng Dezhen mit dem Titel "Zur deutschen Wiedervereinigung", in dem zunächst

der Zehn-Punkte-Plan Kohls vom 28. November über den schrittweisen Vollzug hin zur Wiedervereinigung dargestellt wird. Anschließend spricht sich der Kommentator zwar nicht direkt gegen die Wiedervereinigung aus, arrangiert aber das Material in der Weise, daß jeder mit den Fakten nicht vertraute Leser die Frage stellen muß, wieso in aller Welt sich der deutsche Bundeskanzler solche Vorstellungen überhaupt herauszunehmen wagt. Die Argumente erfolgen in sechs Blöcken. Zitiert werden (1) Sprecher der DDR-Regierung, die den Plan "für unpraktisch und chaotisch" erklärt und darauf hingewiesen hätten, daß der Vorschlag völlig den Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten sowie die Festlegungen im Schlußdokument von Helsinki mißachteten. Ferner hätten (2) bekannte Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler den Plan als "arrogant" bezeichnet und den Westdeutschen vorgeworfen, sie wollten die DDR "ver-einnahmen". Nach einer öffentlichen Umfrage in Berlin hätten 83% die "Weiterexistenz einer souveränen sozialistischen DDR" befürwortet. Auch die sowjetische Führung habe sich (3) vorerst gegen eine Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen, die allenfalls den bestehenden Prozeß in Europa "komplizieren" würde. Man solle auch nicht vergessen, daß sich mitten durch Deutschland die Frontlinie zwischen Warschauer Pakt und NATO ziehe und daß an dieser Nahtstelle allein 380.000 sowjetische Soldaten stünden. Sogar die USA hätten sich (4) von dem Wiedervereinigungsplan vorsichtig distanziert und mindestens vier Bedingungen gestellt, die erfüllt sein müßten, ehe an eine Wiedervereinigung zu denken sei. Ferner (5) hätten auch die meisten westeuropäischen Staaten Vorbehalte gegen ein "Viertes Reich", das früher oder später Europa dominieren könne. Eine deutsche Wiedervereinigung bringe die bestehenden NATO- und EG-Verhältnisse durcheinander und sei eine Rückwendung zur Nationalstaatenidee des 19. Jh. Nicht zuletzt auch sprächen sich die beiden Militärpakte, Warschauer Pakt und NATO, (6) gegen eine Störung der bestehenden Balance in Europa aus.

Auch in der sonstigen Berichterstattung überwiegt die Skepsis, wie hier einige eher zufällig herausgegriffene Titel zeigen sollen: "Moskau steht dem

Bonner Wiedervereinigungsprogramm kritisch gegenüber" (XNA, 1.12.89); "CSSR drückt ihre Sorgen über eine mögliche deutsche Wiedervereinigung aus" (XNA, 2.12.89); "DDR-Regierung wendet sich dagegen, daß das Recht ihres Landes auf eine eigene Existenz negiert wird" (XNA, 1.12.89); "Deutsche Wiedervereinigung beeinträchtigt die Sicherheit in Europa, sagt Polen" (XNA, 7.12.89).

Eine direkte Erklärung der chinesischen Führung zur deutschen Frage gibt es nicht, doch kann man davon ausgehen, daß die hier wiedergegebene Berichterstattung handverlesen ist. Alles in allem verrät sie Skepsis gegenüber der Wiedervereinigung - um es gelinde auszudrücken.

Jahrelang hatte sich China immer wieder für das Recht des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung ausgesprochen. Nachträglich zeigt sich nun, daß Beijing sich in dieser Frage keineswegs für Deutschland engagieren wollte, sondern daß es lediglich antisowjetische Munition verschossen hat. Auch wirkt es etwas merkwürdig, daß in der Beijinger Argumentation keinerlei Parallelen zur chinesischen Wiedervereinigungsdiskussion (Hongkong, Taiwan) auftaucht. -we-

\* (4)

**Angst vor der "friedlichen Evolution"**

Bei der Suche nach den Ursachen für die Unruhen vom Frühjahr 1989 sind die Zhongnanhaier Ideologen und Propagandisten auf ein unerhörtes Phänomen gestoßen, das sich immer mehr als Grundübel und Hauptursache für alle Entgleisungen erweist, nämlich den ubiquitären Versuch der "internationalen reaktionären Kräfte", das sozialistische System der VR China durch "friedliche Evolution" auszuhöhlen, Unruhe zu stiften und Subversion zu begehen (XNA, 24.10.89).

Schon Anfang der sechziger Jahre hatte es eine Kampagne gegen die "friedliche Evolution" gegeben. ZK-Propagandachef Lu Dingyi warnte am 22.7.1960 bei einer Konferenz der Schriftsteller und Künstler vor dem tödlichen Gift der Verführung, wobei der "US-Imperialismus" noch offen beim Namen genannt wurde.

Auch heute sind die USA offensichtlich Hauptzielscheibe. Das wird deutlich, wenn etwa Radio Beijing die Kräfte aufzählt, mit denen "westliche reaktionäre Kräfte" die sozialistischen Länder im Wege der "friedlichen Evolution aushöhlen" wollten. Allein die USA leisteten sich 135.500 Mann an Intelligence-Personal. Die Briten beschäftigten in ihren Sendeanstalten rd. 10.000, die Franzosen rd. 3.500 Mann "Intelligence-Personal". Sonderagenten, die vom CIA ausgebildet würden, träten als Journalisten und Touristen auf. Im Juni 1989, als China von der "Rebellion" erfaßt war, hätten sich diese sog. Journalisten unter die Studenten gemischt und aufhetzerische Reden geführt. Dasselbe sei in Osteuropa der Fall gewesen. Diese Kräfte arbeiteten mit allen möglichen Mitteln, sei es nun mit religiösen Einflüsterungen oder aber mit kapitalistischen Phrasen (Radio Beijing in SWB, 1.1.90). Sie scheuten sich auch nicht, über den Umweg der "Menschenrechtsfrage" ihre Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten zu legalisieren. So sei beispielsweise am 29. November 1989 von den Niederlanden und anderen westlichen Ländern, darunter auch "einer Supermacht", beim "Social, Humanitarian and Cultural Committee" der UNO-Vollversammlung ein Resolutionsentwurf mit dem Titel "Freedom of Expression and Peaceful Assembly" eingebracht worden. Die einzelnen Staaten sollten, wie es in dem Entwurf hieß, durch entsprechende Gesetzgebung sicherstellen, daß die Meinungsfreiheit und die Freiheit der friedlichen Versammlung in ihren Ländern ausdrücklich garantiert werde. Es sei besorgniserregend, daß in verschiedenen Ländern der Welt die Freiheit der Demonstration und der Meinung aufs schwerste unterdrückt worden sei.

Obwohl die VR China in diesem Zusammenhang nicht expressis verbis genannt war, verstand der chinesische Vertreter diesen Hinweis sehr wohl und wirkte darauf hin, daß andere Länder der Dritten Welt den Resolutionsentwurf ablehnten (XNA, 1.12.89). Der chinesische Vertreter fügte hinzu, die westlichen Länder sollten den Staaten der Dritten Welt wirkliche Hilfe leisten, statt sich dauernd in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen und die "Atmosphäre zu vergiften". Das "Prinzip der Nichteinmischung findet auch auf die Menschenrechte Anwendung" (XNA, 25.11.89).

Bereits Ende Oktober 1989 war ein Treffpunkt für diskutierfreudige Chinesen und Ausländer, nämlich der Zizhuyuan-Park im Zentrum Beijings, für unbestimmte Zeit geschlossen worden. Offensichtlich zielten die Behörden mit diesem Akt darauf ab, die allsonntäglichen Gespräche zwischen Einheimischen und Ausländern zu verhindern. Polizisten in Zivil fingen mehrere Ausländer ab, die zur "Speakers Corner" gehen wollten. Unter Hinweis auf ein Verbotsschild am Parkgitter wurden die Ausländer aufgefordert, den Park zu verlassen.

Ursprünglich hatte der Treffpunkt den Chinesen Gelegenheit bieten sollen, ihr Englisch zu üben. Doch hatte sich der Park nach und nach in ein regelrechtes Diskussionsforum entwickelt, bei dem, wie die Behörden argwöhnisch vermuteten, die chinesischen Partner mit dem Virus des "bürgerlichen Liberalismus" infiziert wurden. Nach den Juni-Ereignissen war es daher nur eine Frage der Zeit, bis dieser Begegnungsort verriegelt wurde.

Deng Xiaoping pflegt bei Gesprächen mit Besuchern aus der Dritten Welt neuerdings wieder darauf hinzuweisen, daß Staaten der Dritten Welt durch "Neokolonialismus, Kapitalismus und Machtpolitik" bedroht würden. In merkwürdigem Widerspruch dazu stehen wiederum die ständigen Angebote chinesischer Spitzenpolitiker, ihre Beziehungen zum Westen verbessern zu wollen. -we-

\*(5)

#### **Verschärfte Kontrolle über ausländische Journalisten und Medien**

Am 11. Januar 1990 unterzeichnete Premierminister Li Peng eine Staatsratsverordnung, die in 22 Paragraphen Regelungen zur Kontrolle der Tätigkeit ausländischer Journalisten bringt (XNA, 20.1.90). In den Bestimmungen heißt es u.a., daß "das chinesische Außenministerium für die Angelegenheiten der ausländischen Journalisten und der ausländischen Medien zuständig ist". Weitere Einzelheiten wurden bisher allerdings nicht veröffentlicht. Vier Tage später lud die "Allchinesische Journalistische Vereinigung" ausländische Journalisten zum Frühlingfest ein (24.1.1990). Man hoffe, hieß es bei dieser Versammlung, daß der "Austausch und die Zusammenarbeit zwi-

schen chinesischen und ausländischen Pressezielen sich ständig weiterentwickelt, auf daß dem Weltfrieden und dem Fortschritt der Menschheit gedient" werde (XNA, 24.1.90).

Bezeichnenderweise hat China in der Zwischenzeit sein altes Lieblingsthema, nämlich seine Forderung nach Errichtung einer "Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung", neu auf den Tisch gebracht. Nach wie vor bleibe der Nachrichtenfluß zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern "ungleichgewichtig". "Gewisse westliche Massenmedien" nützten die extrem unterentwickelte Kommunikationsinfrastruktur der meisten Drittweltländer aus und speisten den Informationsfluß mit "erfundenen und verzerrten" Nachrichten (XNA, 11.11.89). Angriffe dieser Art kommen wohl gemerkt von einer Seite, die sich in ihrer Berichterstattung über das innenpolitische Hauptereignis d.J. 1989, nämlich den 4. Juni, eine wohl kaum noch zu übertreffende Politik der Verzerrungen und Entstellungen geleistet hat! -we-

\*(6)

#### **Das Jahr 1989 - ein Wendepunkt in der Entspannungspolitik**

Wären nicht die Ereignisse vom 4. Juni und die Umbrüche in Osteuropa gewesen, so hätte die VR China allen Anlaß gehabt, das Jahr 1989 als einen der erfolgreichsten Zeiträume, u.a. auch seiner Außenpolitik, zu betrachten.

Im Februar zog die Sowjetunion ihre Truppen aus Afghanistan und im September Vietnam seine Verbände aus Kambodscha ab. In Südwestafrika (Namibia) konnten Wahlen durchgeführt werden, und in Angola kam es zur Beendigung der seit 13 Jahren andauernden Kriegswirren, woraufhin auch Kuba damit begann, seine Einheiten abzuziehen, während gleichzeitig Südafrika seine in Namibia stationierten militärischen Kräfte zurücknahm. Auch in Zentralamerika kam es zur Beendigung des Bürgerkriegs. Sogar die beiden Nachbarländer Iran und Irak stellten ihre Kampfhandlungen ein.

Zumindest am Truppenrückzug aus Afghanistan und Kambodscha hatte die VR China im Vorfeld kräftig mitgewirkt und kann sich Verdienste da-

für auf die eigene Rechnung schreiben. Die heißesten Punkte haben sich m.a.W. abgekühlt (so XNA, 24.12.89).

Das Massaker von Beijing freilich, nicht zuletzt aber auch der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Polen, der CSSR, der DDR, Bulgarien, Rumänien, Ungarn und schließlich sogar in der Mongolischen Volksrepublik lassen das Jahr 1989 nun in ganz anderem - und schieferem - Licht erscheinen.

Obendrein hängt China, das seit 1979 einsam an der Spitze des Reformzugs gefahren war, nun ganz am Ende - Welch eine Wende in einem Jahr, das an Bedeutung beinahe dem Schicksalsjahr 1789 gleichkam! "Wir sind das Volk" - dieser für die Leipziger Demonstrationen so bezeichnende Satz ist in China mehr als je zuvor tabu: Die "Revolutionäre" haben Angst "vor der Straße"! Welche Ironie!

Bei einem Interview mit der Hongkonger Zeitschrift *Liaowang* (Ausgabe vom 25.12.89) antwortete Außenminister Qian Qichen auf die Frage, wie er die derzeitige internationale Situation einschätze, daß das "Nachlassen der Konfrontation zwischen den Supermächten noch keineswegs zu einer völligen Stabilisierung der internationalen Situation geführt hat... Vor allem haben die drastischen Änderungen in Osteuropa zu neuen Instabilitäten in den Ost-West-Beziehungen geführt". Der "Sozialismus" habe keineswegs Schiffbruch erlitten, ebensowenig wie der Kapitalismus einen strategischen Sieg habe erringen können. Zwischen Völkern mit verschiedenen sozialen Systemen bestehe nach wie vor friedliche Koexistenz - dies sei eine objektive Tatsache, doch seien die Konflikte durch die jüngsten Ereignisse komplizierter geworden. Langfristig sei eine friedliche internationale Umgebung aber durchaus vorstellbar. China wolle ein Hort des Sozialismus bleiben. -we-

\*(7)

#### Proteste nach allen Seiten

China protestierte in den vergangenen Monaten nicht nur gegen die Entscheidung des US-Repräsentantenhauses, die Aufenthaltserlaubnis für nicht-rückkehrwillige Studenten zu verlängern, sondern auch gegen den Empfang des Dalai Lama durch mehrere

Parteien in der DDR sowie durch Regierungsmitglieder der CSSR sowie selbstverständlich auch gegen das Nobelpreiskomitee in Oslo (zu letzterem RMRB, 10.10.89). Auch der Plan der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot, künftig Taiwan anzufliegen, wurde als "Einmischung in innere Angelegenheiten" verurteilt.

Daneben gab es Auseinandersetzungen mit Frankreich (vgl. Übersicht in diesem Heft) sowie mit Großbritannien über die Hongkong-Frage.

Das Nobelkomitee wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß China auf die Verleihung des Nobelpreises an den Dalai Lama ähnlich reagierte wie einst Hitler auf die Auszeichnung des Publizisten Carl von Ossietzky. Der Vorsitzende des Komitees, Egil Aarvik, sagte: "Seit Adolf Hitler 1935 Wutanfälle wegen der Zuerkennung des Preises an den Friedenskämpfer Carl von Ossietzky bekam, hat kein Land derart heftig reagiert, wie China es jetzt in Verbindung mit dem Dalai Lama tut. Die Chinesen befinden sich so gesehen in guter Gesellschaft." (FR, 20.10.89)

Mit scharfer Kritik reagierte das chinesische Außenministerium auch auf die Verleihung des Robert-Kennedy-Menschenrechtspreises an den Dissidenten und Astrophysiker Fang Lizhi am 19. Oktober 1989. Der Preis für Fang, der seit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung Anfang Juni 1989 in der US-Botschaft in Beijing Schutz gefunden hat, sei eine "offene Unterstützung für die kriminellen Aktivitäten Fang Lizhis", meinte das Außenministerium.

Es ist noch kein Jahr her, da spielte China noch eine glaubhafte und überall angesehene Rolle in der Weltpolitik. Der 4. Juni hat die Stimmung von Grund auf geändert: China steht - zumindest was sein Verhältnis zur westlichen Welt anbelangt - fast völlig isoliert da und reagiert mit entsprechender Gereiztheit. -we-

\*(8)

#### Frankreichs mäandrische Chinapolitik

Am 3. Januar 1990 hatte die französische Regierung ihre nationale Schiffbaugesellschaft ermächtigt, mit Taiwan den Verkauf von sechs leichten Fregat-

ten in einem Gesamtwert von 10 Mrd. frs (= 1,7 Mrd. US\$) an Taiwan zu verhandeln - und dies, obwohl die Beijinger Regierung schon im Vorfeld gewarnt hatte, daß ein solcher Schritt ernsthafte Konsequenzen für das chinesisch-französische Verhältnis nach sich ziehen werde. Frankreich war einer der ersten westeuropäischen Staaten gewesen, der (unter de Gaulle) i.J. 1964 diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik aufgenommen hatte und der jetzt riskierte, daß diese Beziehungen möglicherweise als erste wieder abgebrochen würden.

Taiwan, das als eine der führenden Industrienächte Asiens gelten darf und das über eine Devisenreserve von rd. 70 Mrd. US\$ verfügt, braucht dringend Waffen, um sich langfristig gegen eventuelle Angriffe der Volksrepublik wehren zu können. Angesichts dieser Situation kann es sich der Inselstaat auch nicht leisten, bei seinen Kaufangeboten kleinlich zu sein. Schon 1981 war es den Taiwanesen gelungen, die Niederlande zum Verkauf von vier U-Booten zu veranlassen, woraufhin es zu einer jahrelangen Krise zwischen Beijing und Den Haag kam.

Frankreich, das weltweit mit zu den bedeutendsten Waffenhändlern gehört, glaubte sich den Handel mit Taiwan erlauben zu können, da es im Nachspiel zu den Ereignissen vom 4. Juni ohnehin auf eine Talsohle seiner Beziehungen zu Beijing gelangt war: Bekanntlich hatten die wichtigsten Dissidenten in Frankreich Asyl gefunden und dort auch ihre Widerstandsallianz gegen die Führung in Beijing gründen können. Der Hagel von Protesten aus der Volksrepublik war so intensiv, daß die französische Regierung offensichtlich glaubte, daß es angesichts dieses Tiefpunkts nicht mehr schaden konnte, gleich noch Geschäfte mit Taiwan zu machen. Obendrein war der gesamte französische Waffenexport von 62 Mrd. frs. i.J. 1984 auf 37,5 Mrd. i.J. 1988 zurückgegangen, so daß sich die Industrie besorgt nach Anschlußaufträgen umschaute.

Die Fregatten der Lafayette-Klasse sollten den Taiwanesen 1994 übergeben und dort für den Küstenschutz eingesetzt werden. U.a. hätten sich die 3.000-t-Schiffe auch für die U-Boot-Bekämpfung und als Helikopterträger einsetzen lassen. 'Schon entwickelte sich eine erneute höchst "delikate Si-

tuation" (so Le Monde, 7. und 8.1.90), doch da entschloß sich Paris, doch noch eine Kehrtwende zu vollziehen und am 11.1.1990 von dem Kaufvertrag zurückzutreten. Dies war ein schweres Opfer, das jedoch der Überlegung geopfert wurde, daß China auch in Zukunft die "Hauptachse der französischen Asienpolitik" bleiben müsse (so der frühere Premierminister Chirac) (XNA, 14.1.90).

Die französische Regierung mußte sich wegen dieses Zickzackkurses, der nicht gerade als Meisterleistung der französischen Diplomatie gewertet werden kann, schwere Vorwürfe der Presse anhören: Man habe sich von einer Diktatur erpressen lassen und es fehle der französischen Außenpolitik an Kohärenz.

Die chinesische Seite würdigte demgegenüber die französische Entscheidung. Das Politbüromitglied Qiao Shi trat darüber hinaus für eine Verbesserung der chinesisch-französischen Beziehungen ein.

Schon wenige Tage nach der Absage des Taiwan-Geschäfts erklärte die französische Regierung, sie wolle die gegen die VR China im Anschluß an den 4. Juni 1989 verhängten Wirtschaftssanktionen lockern. In Beijing hieß es, die Regierung in Paris habe der Finanzierung eines französisch-chinesischen Unternehmens zur Lizenzherstellung von Fahrzeugen zugestimmt. Französischer Partner ist die Firma Citroën. Es handelt sich um ein Projekt im Werte von etwa 3 Mrd. frs (= 880 Mio. DM), das in Wuhan am Yangzi entstehen soll.

Frankreich schert damit als erstes Land aus der Reihe der westlichen Länder aus, die gegen China als Reaktion auf die blutige Unterdrückung der Juni-Unruhen Sanktionen verhängt hatten, und zwar auf dem Madrider EG-Gipfel Ende Juni 1989 (Le Monde, 22.12.89).

Man kann nicht gerade behaupten, daß die französische Politik gradlinig wäre. Kein anderes EG-Land hat sich einen ähnlich mäanderhaften Kurs geleistet. Ein kurzer Blick zurück: Kurz nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung hatte Frankreich eine Reihe führender Dissidenten aufgenommen, u.a. den Studenten Wuer Kaixi, der in Beijing als einer der Wortführer der

Studentenbewegung aufgetreten war, und einen Berater Zhao Ziyangs, den Intellektuellen Yan Jiaqi. Beide hielten sich vom ersten Tag an nicht zurück, sondern gaben zahlreiche Erklärungen gegen die chinesische Führung ab - eine Tatsache, die zu scharfen Protesten der VR China und zu dem Vorwurf führten, daß Frankreich sich "grob in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischte". Die französische Regierung möge unverzüglich Maßnahmen ergreifen, damit die beiden "kriminellen Elemente" sich auf französischem Boden nicht mehr länger antichinesisch betätigen können. Den so lange Zeit überaus freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und China sei schwerer Schaden zugefügt worden (XNA, 14. und 18.7.89). Am 30. Juli kam der chinesische Außenminister Qian Qichen nach Paris und beschwerte sich dort - am Rande der Internationalen Kambodscha-Konferenz - bei seinem französischen Amtskollegen über die Beeinträchtigung der bisher so freundschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und China (XNA, 31.7.89). Mitte Juli auch kam es zu zwei Angriffen auf die chinesische Botschaft in Paris, gegen die Beijing sofort wieder Protest einlegte (SWB, 19.7.89). Protest auch gegen die großzügige Haltung, die die französische Regierung gegenüber der Gründung der "Allianz für Demokratie in China", d.h. einer Dissidentenverbindung, einnahm. China sah in dieser Haltung "eine flagrant Verletzung des Völkerrechts".

Ferner wurden französische Publikationsorgane beschuldigt, "subversives Propagandamaterial" nach China einzuschleusen - so z.B. das französische Magazin *Actuel* per Telefax am 26. Oktober 1989 (XNA, 1.11.89).

Mit französischer Unterstützung habe ferner einer der führenden Dissidenten und Berater Zhao Ziyangs, Yan Jiaqi, und seine "Allianz für die Demokratie in China" ein Exemplar der "Überseeausgabe der *Renmin ribao*" nach China eingeschleust, das zwar auf den ersten Blick höchst offiziös und mit harmlosen Überschriften versehen, in den Texten selbst aber mit konterrevolutionären Aufrufen angefüllt war (XNA, 31.10.89).

Die chinesischen Dauerproteste haben in Paris Wirkung gezeigt. Aus Beijinger Sicht ist es inzwischen vom antichinesischen Saulus zum prochinesischen Paulus geworden. -we-

\*(9)

**China - Gastgeber zahlreicher internationaler Konferenzen**

Während der letzten Dekade, also die ganzen achtziger Jahre über, sind in China neben zahllosen politischen auch rd. 380 internationale Wissenschafts-Symposien und -Konferenzen veranstaltet worden und zwar von der "Cast" (= China Association for Science and Technology), der größten nichtstaatlichen wissenschaftlichen Organisation in China. Rd. 70.000 chinesische und ausländische Wissenschaftler nahmen an den Tagungen teil. I.J. 1990 sind 112 internationale Wissenschafts- und Technologiekonferenzen geplant, vor allem in Beijing, Shanghai, Tianjin, Nanjing, Guangzhou, Shenyang und einigen anderen Großstädten (XNA, 13.1.90). -we-

\*(10)

**80.000 Studenten im Ausland**

Anläßlich des "Frühlingsfests", d.h. der Feiern zum traditionellen chinesischen Neujahr, gab Li Tienying, Vorsitzender der Staatlichen Erziehungskommission, einen Empfang, an dem Vertreter von 18 Regierungsabteilungen sowie 400 erst vor kurzem aus dem Ausland zurückgekehrte Studenten teilnahmen.

Li gab bei dieser Gelegenheit bekannt, daß China seit Beginn der Reformen, also seit 1978, nicht weniger als 80.000 Studenten in über 70 Länder und Regionen entsandt habe, von denen 30.000 nach Beendigung ihrer Studien wieder zurückgekehrt seien. 50.000 stehen also noch aus!

China sehe keinen Anlaß, von seiner bisherigen Politik abzugehen, wolle allerdings die Arbeit in diesem Bereich noch verbessern, und zwar sowohl was die Stipendiaten als auch was die Selbstzahler anbelangt, die, wie Li ausführte, "unterstützt und geführt" werden sollten; er ließ offen, was mit diesen Begriffen gemeint ist; offensichtlich aber hat der "4. Juni" etwas damit zu tun!

Seit den Juni-Ereignissen von 1989 seien 700 Studenten zurückgekehrt. Leider hätten "Regierungen und parlamentarische Gremien einiger Länder die Rückkehr der chinesischen Studenten obstruiert, und zwar mit der grundlosen Beschuldigung, daß sie nach ih-

rer Rückkehr verfolgt" würden. Dieses Verhalten müsse als "Einmischung in Chinas innere Angelegenheiten" bewertet werden (XNA, 21.1.90). Vor allem dürfte er hier auf das vom amerikanischen Parlament erlassene Gesetz angespielt haben, das es chinesischen Studenten erlaubt, ihr Aufenthaltsvisum verlängern zu lassen. Die Bush-Administration hatte gegen dieses Gesetz ein Veto eingelegt, doch war dieses Veto im Januar 1990 durch das Repräsentantenhaus mit Zweidrittel-Mehrheit überstimmt worden. Diese Maßnahme ist deshalb so bedeutsam, weil an amerikanischen Hochschulen die mit Abstand größte Zahl der chinesischen Auslandsstudenten immatrikuliert ist. -we-

---

## Innenpolitik

---

\*(11)

### Heftige interne Kritik an Gorbatschow

Der Sturz des rumänischen Diktators Ceausescu und die dramatischen Veränderungen in Osteuropa und in der Sowjetunion haben unter Chinas Politgreisen intern zu heftigen Ausfällen gegen den sowjetischen Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow geführt. Gorbatschow wird von den konservativ-orthodoxen Kräften innerhalb der chinesischen Führung für den Niedergang des Sozialismus in Osteuropa verantwortlich gemacht. Die Kritik an Gorbatschow ist zwar bisher nur parteiintern geäußert worden, doch dürfte sie Auswirkungen haben auf das künftige sino-sowjetische Verhältnis. So soll das chinesische Außenministerium in einem vertraulichen Dokument die Ansicht vertreten haben, daß es in den sino-sowjetischen Beziehungen keine große Weiterentwicklung geben werde, weil Gorbatschow eine "revisionistische Linie der Kapitulation und des Rückfalls" verfolge (nach Zhengming, Februar 1990, S. 7). Die chinesischen Diplomaten wurden angeblich angewiesen, bei offiziellen Kontakten mit der sowjetischen Seite "weder kühl noch herzlich" aufzutreten. Die Ebene der beiderseitigen diplomatischen Kontakte soll auf Generalkonsulstufe begrenzt werden (ebenda).

Ob und wann die chinesische Kritik an Gorbatschow öffentlich geführt wird, ist unklar. Mitte Januar sollen die Theoriegruppen der ZK-Propagandaabteilung und des Beijinger Stadtpartei-Komitees angewiesen worden sein, Artikel zur Kritik an dem "Neuen Denken" von Gorbatschow zu verfassen (ebenda, S. 8). Als politische Grundlage für diese Artikel zur Kritik an Gorbatschow sollen offenbar die diesbezüglichen Äußerungen von Deng Xiaoping, dienen, die in verschiedenen vertraulichen ZK-Rundschreiben parteiintern verbreitet wurden. Die für gewöhnlich gut informierte Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* hatte in ihrer Januar-Ausgabe bereits längere Ausführungen von Deng Xiaoping zum Thema Gorbatschow und Osteuropa wiedergegeben (siehe C.a., Dezember 1989, Ü 1 und Ü 2). In ihrer Februar-Ausgabe veröffentlichte *Zhengming* weitere Äußerungen chinesischer Spitzenpolitiker zu diesem Thema:

- Deng Xiaoping (85) warf Gorbatschow nach dem Sturz von Ceausescu vor, sich in die inneren Angelegenheiten der Staaten Osteuropas einge-mischt und falsche Reformmaßnahmen herbeigeführt zu haben. Der künftige Kampf Chinas gegen Gorbatschow [sic!] werde kein leichtes Stück Arbeit sein. Gorbatschow sei ein härterer Brocken als Chruschtschow: "[Damals] haben wir ein paar Mal scharf geschossen [Deng bezieht sich hier auf die 9 chinesischen Kommentare zur Kritik am sowjetischen "Revisionismus" aus den Jahren 1963 und 1964.], und schon war Chruschtschow gestürzt!" Deng weiter: "Wir müssen nach wie vor im Norden aufmerksam sein. Die Gefahr, die aus dem Norden kommt, ist wirklich groß!" (*Zhengming*, Februar 1990, S. 6-7)

- Chen Yun (84), der greise Befürworter der Befehlsplanung und des alten orthodoxen Denkens, wird wie folgt zitiert: "Der Kernpunkt des neuen Denkens von Gorbatschow ist Kapitulation und Rückfall. Unsere Partei darf das nicht auf die leichte Schulter nehmen." (ebenda, S. 7)

- ZK-Generalsekretär Jiang Zemin polterte auf einer Politbürositzung: "Gorbatschow gehört im Grunde genommen zu der Sorte von Verrätern wie Kautsky von der II. Internationale. Er hat die internationale kommunistische Bewegung verraten, und er hat

die Kommunistische Partei verraten... Er trägt eine unabweisbare Verantwortung für die gegenwärtige schlechte Situation in Osteuropa." (ebenda, S. 6)

- Am heftigsten soll sich die Nummer 14 in der politischen Rangfolge, Wang Zhen (81), der für eine ganz harte orthodoxe Linie eintritt, geäußert haben. In einem Gespräch mit Beijings Bürgermeister Chen Xitong und Beijings Parteichef Li Ximing soll Wang Gorbatschow wie folgt verflucht haben: "Dieser Gorbatschow ist ein verdammter Verräter... Waren Lenin und Stalin etwa nicht in Ordnung? Waren die Bolschewiken denn schlecht? Ich habe schon früh erkannt, daß dieser Kerl ein mieses Stück ist... Im letzten Jahr hatte ich bereits gemahnt, daß wir ihn zunächst besser nicht [nach China] einladen und stattdessen [die weitere Entwicklung] abwarten sollten. [Der gestürzte Parteichef] Zhao Ziyang und er [Gorbatschow] sind das gleiche Gesocks, und was ist dabei herausgekommen?" (ebenda, S. 8)

Wang Zhens kritische Äußerungen über den Staatsbesuch von Gorbatschow in China stellen eine mehr oder weniger direkte Kritik an Deng Xiaoping dar, der Gorbatschow noch vor der vollständigen Beseitigung der "drei Hindernisse" zum bilateralen Normalisierungsgipfel nach China eingeladen hatte. -sch-

\*(12)

### ZK-Beschluß zur Wirtschaftspolitik veröffentlicht

Mit über zweimonatiger Verspätung wurde am 17. Januar 1990 der am 9. November 1989 gefaßte "Beschluß des ZK der KP Chinas über die weitere Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft sowie über die Vertiefung der Reform" von allen großen Tageszeitungen der Volksrepublik China veröffentlicht (RMRB, GMRB, Gongren Ribao, Jingji Ribao, Fazhi Ribao usw.). Der Beschluß umfaßt 39 Punkte und ist in folgende 8 Kapitel unterteilt:

- 1) Das Denken der gesamten Partei hinsichtlich der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage vereinheitlichen.
- 2) Zeitraum und Ziel der Sanierung und Ausrichtung der Wirtschaft.
- 3) Die gesellschaftliche Nachfrage muß weiterhin kontrolliert und die Ausgaben und Kredite müssen weiterhin eingeschränkt werden.